

# Kompass für maritime Politik

Deutschlands maritimer Sektor ist ein Global Player. Schifffahrt und die maritime Branche gehören zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in unserem Land. Sie haben wesentlich zur deutschen Spitzenposition beim Export beigetragen. Heute verfügt Deutschland über die drittgrößte Handelsflotte der Welt, beim Spezialschiffbau ist es Weltmarktführer. Davon profitiert die gesamte Volkswirtschaft: Mehr als 40 Prozent des Umsatzes im maritimen Sektor werden in küstenfernen Bundesländern erwirtschaftet. Rund 400.000 Menschen in Deutschland waren 2009 in der Branche beschäftigt. Doch auch die maritime Wirtschaft, die wie kaum ein anderer Bereich im globalen Wettbewerb steht, musste mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise kämpfen. Die Branche steht vor einem tiefgreifenden Strukturwandel.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, den Rahmen für eine gute Entwicklung zu schaffen, Innovationen anzustoßen und Kapazitätsengpässe zu beseitigen, um die Spitzenstellung Deutschlands im maritimen Sektor dauerhaft zu sichern und auszubauen. Ziel muss es sein, das maritime Cluster weiterzuentwickeln. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung agiert nach dem Motto: mit voller Kraft zurück. In wichtigen Handlungsfeldern gefährden Union und FDP mit ihrer Politik die Zukunftsperspektiven der Branche – ob es um Fördermittel, Infrastrukturpolitik oder das Zusammenwirken mit den Sozialpartnern geht. Die Bilanz von Schwarz-Gelb fällt düster aus: Maschinen stopp – zu Lasten des maritimen Standortes Deutschland.

## Schwarz-Gelb taucht ab

### Werften: Wettbewerbsnachteile ausgleichen

Der deutsche Schiffbau ist eine Schlüsselbranche, die Wachstumsimpulse für viele andere Sektoren liefert. Doch die aktuelle Situation der Werftindustrie ist angespannt und die Auftragslage weiterhin schwierig. Mit den beiden Konjunkturpaketen, dem Kurzarbeitergeld sowie den Rettungsschirmen für Banken und Unternehmen hat die SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition wichtige Bausteine geliefert, um der Branche in der Krise zu helfen.

Aber der Schiffbau ist im Umbruch. Um auch künftig auf dem Weltmarkt mithalten zu können, müssen die deutschen Unternehmen ihre Geschäftsfelder strategisch neu ausrichten und sich neue Märkte erschließen. Damit das gelingt, braucht die Branche politische Rückendeckung. Vorschläge, wie der deutsche Schiffbau angesichts massiver Konkurrenz vor allem aus Fernost unterstützt werden kann, liegen auf dem Tisch.

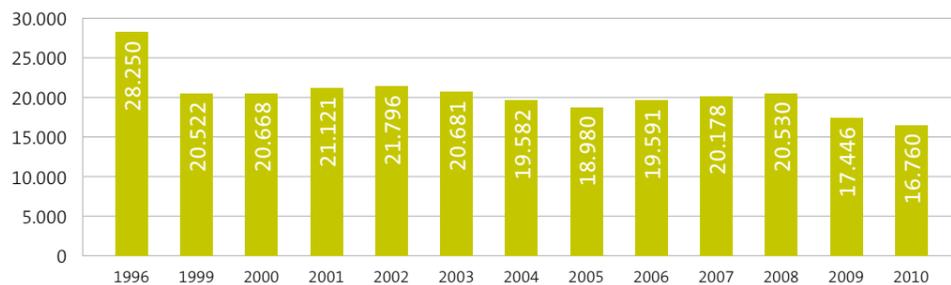
Doch die Bundesregierung verweigert sich einer Hilfe für die Werften. Ihr Argument: Es sei nicht belegt, dass andere EU-Staaten die Aktivitäten ihrer heimischen Unternehmen stärker politisch flankieren – das gelte auch für die Schlüsselfrage, wie sich der Bau neuer Schiffe finanzieren lässt. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition muss daher einen Finanzierungsrahmen für die deutsche Werftindustrie schaffen, der diese Wettbewerbsnachteile ausgleicht.

Wichtig sind Transparenz bei den Entscheidungen über Kredite und Bürgschaften in Deutschland – und in Europa neue gemeinsame Rahmenbestimmungen über staatliche Beihilfen für den Werftensektor. Die SPD setzt auf eine zukunftsweisende Industriepolitik, damit der Schiffbaustandort Deutschland attraktiv bleibt. Dazu gehört auch, Forschung, Entwicklung und Innovation in der Schiffstechnologie konsequent zu fördern und einen besonderen Schwerpunkt auf praxisnahe Projekte zu legen. Der Schiffbau ist ein wichtiger Garant dafür, dass Deutschland im globalen Wettbewerb auch in Zukunft ganz vorne mithält. Bund und Länder dürfen hier nicht auf Tauchstation gehen.

## Beschäftigungsentwicklung 1996 bis 2010

Arbeitsplatzabbau setzt sich weiter fort

In Tausend



Quelle: IGM Küste, IGM Schiffbauumfrage 2010

### Bei dem Maritimen Bündnis Kurs halten

Die maritime Wirtschaft hat Deutschland zum Exportweltmeister gemacht – auch dank einer wettbewerbs- und leistungsfähigen Handelsflotte. Die SPD hat in ihrer Regierungszeit dafür gesorgt, dass die Seeschifffahrt konsequent gefördert wurde. Mit rund 30.000 Beschäftigten ist sie heute eine hoch innovative Zukunftsbranche und ein Joker im globalen Wettbewerb. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung fährt in der Seeschifffahrt auf falschem Kurs. Indem sie Fördermittel des Bundes massiv kappt und das „Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung“ untergräbt, steuert sie die Branche ohne Not in unruhige Gewässer.

Dabei haben Bund, Länder und Sozialpartner in den vergangenen Jahren einen Zukunftspakt geschnürt, der diesen Namen verdient: Tonnagesteuer und Lohnsteuereinbehalt, Bundesmittel zur Senkung der Lohnnebenkosten, Ausbildungsplatzförderung und Schiffsbesetzungsverordnung sind die Stichworte. Sie stärken den Schifffahrtsstandort Deutschland und sorgen für gute Berufschancen an Bord und bei den Landbetrieben der Seeschifffahrt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert Union und FDP auf, den erfolg-

*Von 2009 bis 2010 sind 3,9 Prozent bzw. 686 Arbeitsplätze auf den Werften verloren gegangen.*

*Zwischen September 2008 und September 2010 wurden 3.770 Jobs auf deutschen Werften abgebaut – ein Minus von 18,4 Prozent!*

reichen Kurs fortzusetzen. Dazu gehört auch, dass die Reedereien ihrer Zusage nachkommen, der weiteren Ausflagung deutscher Schiffe entgegenzuwirken – und so einen Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland zu verhindern.

Doch das allein reicht für mehr Jobs in der Seeschifffahrt nicht aus: Schwarz-Gelb muss dafür Sorge tragen, dass Küstenländer und Unternehmen auch tatsächlich mehr Ausbildungsplätze und Geld für den Nachwuchs bereitstellen.

Eine Antwort muss die Regierungskoalition auch auf die Frage geben, wie sie das wachsende Piraterie-Problem insbesondere am Horn von Afrika lösen will. Der Bund muss jetzt schnell – und zwar gemeinsam mit den Reedern und ihren Arbeitnehmervertretungen – einen wirksamen Beitrag zur Abwehr internationaler Piraterie entwickeln und sich auf internationaler Ebene dafür stark machen.

### Engpassrisiko Infrastruktur

Die deutschen Seehäfen sind Kernstücke unseres Transportnetzes. Denn sie dienen nicht nur als Drehscheibe bei

der Abwicklung des deutschen Außenhandels, sondern sie sind auch logistische Knotenpunkte. Die enge Vernetzung der Seehäfen mit den Wirtschaftszentren im Land ist ein wichtiger Standortvorteil und betrifft keineswegs nur die küstennahen Städte und Regionen. Für beides sind neben dem Straßenverkehr auch die Schienenwege und Wasserstraßen wichtige Stützen.

Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung tritt auf die Bremse und sorgt mit ihrer unverantwortlichen Sparpolitik für ein Engpassrisiko bei der Infrastruktur. Dabei sind sich alle Fachleute einig: Unsere heutigen Verkehrswege können das zu erwartende Güteraufkommen nicht bewältigen. Denn laut Prognosen wird der Güterverkehr bis zum Jahr 2050 auf nahezu 5,5 Milliarden Tonnen ansteigen. Besonders stark wird davon der Seehafen-Hinterlandverkehr betroffen sein.



Investitionen in die Seehafen-Infrastruktur helfen unserer Wirtschaft.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich daher für eine integrierte Verkehrspolitik ein, die alle Verkehrsträger mit ihren besonderen Stärken einbezieht. Wir haben dazu bereits 2009 das „Nationale Hafenkonzept“ auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist es, die seeseitigen Zufahrten und die Verkehrswege

ins Hinterland gezielt auszubauen, damit Güter künftig noch besser von den Seehäfen an- und abgeliefert werden können. Aber die schwarz-gelbe Bundesregierung schaltet den Motor aus: Sie vertagt die Entscheidung über wichtige Verkehrsprojekte und streicht die Fördermittel für den kombinierten Verkehr zusammen.

Dabei brauchen wir dringend ein überzeugendes Finanzierungskonzept für den chronisch unterfinanzierten Schienenverkehr und eine kluge Strategie für die Wasserstraßen in Deutschland, deren Transportleistung deutlich höher liegt als im Rest Europas – auch dank der hervorragenden Arbeit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV). Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung plant unter dem Deckmantel der Effizienz einen Kahlschlag bei der Behörde. Damit könnte die WSV ihre Aufgaben wie Wartung, Lotswesen oder Havariemanagement nicht mehr optimal erledigen. Diese Politik gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sie wird auch zu höheren Kosten führen.

In den vergangenen Jahren ist die WSV auf Initiative der SPD hin modernisiert worden – behutsam und im engen Dialog mit Beschäftigtenvertretern und Gewerkschaften. Denn ihre Aufgaben haben sich im Laufe der Zeit deutlich verändert, durch neue Anforderungen beim Umweltschutz oder im Tourismus. Damit sind die Einsparpotenziale jedoch ausgereizt. Ein Ausbluten der WSV wird es mit der SPD nicht geben – im Interesse der Beschäftigten und der regionalen Wirtschaft, die auf das Knowhow der Stellen vor Ort angewiesen ist. Es ist an der Zeit, dass Schwarz-Gelb die Bedeutung der Seehäfen anerkennt und dafür die notwendigen Finanzmittel bereitstellt: durch die Förderung des kombinierten Verkehrs und einen Ausbau der Schienenwege und Wasserstraßen – damit Wachstum und Jobs nicht durch Engpässe in den Häfen und im Hinterland behindert werden. Denn: Investitionen in die seehafenbezogene Infrastruktur sind Investitionen in unsere Wirtschaft.

## Segel setzen für morgen

### Mee(h)r schützen – maritimer Umweltschutz

Die Meere sind wichtige Ökosysteme, Klimafaktoren, Energiespeicher – und Verkehrswege. Als führende Exportnation hat Deutschland großes Interesse an einer leistungsfähigen und umweltfreundlichen Seeschifffahrt – schließlich werden rund 95 Prozent des interkontinentalen Güteraustausches heute auf dem Seewege bewältigt. Mit dem wachsenden Schiffsverkehr nehmen die Umweltbelastungen von Treibhausgasen und anderen Luftschadstoffen zu.



Der Bau von umweltfreundlichen Schiffen ist ein Zukunftsmarkt für Jobs.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Ökobilanz der Schifffahrt verbessert wird. Auf unsere Initiative hat Deutschland in internationalen Gremien dazu beigetragen, den Klimaschutz im Seeverkehr mit neuen Impulsen zu fördern. Der Energie-Effizienz-Index für Schiffsneubauten ist ein wichtiger Schritt, weitere müssen folgen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss auf internationaler Ebene dafür eintreten, dass bereits verabredete Regelungen zur Luftreinhaltung auch tatsächlich um-

gesetzt werden – den ökologischen Rückwärtsgang einzuschalten, wäre ein großer Fehler. Wir müssen unser Augenmerk noch stärker auf praxiserprobte Lösungen für saubere und effiziente Schiffstechnologien richten.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Thematik alternativer Kraftstoffe bzw. Energieträger und innovativer Antriebe in der Schifffahrt zu einem Schwerpunkt der Forschungs- und Förderpolitik machen. Der Bau von umweltfreundlicheren Schiffen ist ein Zukunftsmarkt, der Arbeitsplätze auf den Werften und bei der Zulieferindustrie schafft und sichert. Bereits heute haben diese bei der Motorentechnik die Nase vorn. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Der Seeverkehr kann so einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten – und der Technologieschub wird auch der maritimen Wirtschaft in Deutschland neue Perspektiven eröffnen.

### Rückenwind für Windkraft im Meer

Mit der Entwicklung der Windenergie bietet sich die Chance, Deutschland in diesem Zukunftsbereich einmalig gut aufzustellen. Bereits heute leisten die erneuerbaren Energien einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit in unserem Land, und nach den Ereignissen von Japan ist ein weiteres Umdenken in der Energiepolitik unausweichlich. Allein die Windkraft deckt schon jetzt rund sechs Prozent des deutschen Stromverbrauchs.

In der Zukunft wird neben der Onshore- auch die Offshore-Windenergie eine wichtige Rolle im Strommix spielen: Bis 2020 sollen mindestens 10 Gigawatt Leistung auf hoher See zugebaut werden. Davon profitieren auch die maritime Wirtschaft und die Zulieferindustrie. Denn die junge Hightech-Branche bietet ein großes Potenzial, wenn es um neue Arbeitsplätze und die heimische Wertschöpfung geht.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert klare rechtliche Standards, um den Zukunftsmarkt Offshore-Windenergie auszubauen. Notwendig ist ein Gesamtkonzept für die Branche, in enger Abstimmung mit den Küstenländern und den europäischen Nachbarn. Das Ziel: Netzengpässe beseitigen, Genehmigungsverfahren für Offshore-Windparks beschleunigen und die notwendige Hafeninfrastruktur gezielt ausbauen – damit der Offshore-Bereich kräftig Rückenwind erhält.



Die SPD-Bundestagsfraktion hat 2009 das „Nationale Hafenkonzept“ entwickelt. Ziel ist es, die seeseitigen Zufahrten und die Verkehrswege ins Hinterland auszubauen. So können wir das Güteraufkommen von morgen bewältigen.

### Motor für die maritime Branche

Ihre Spitzenposition am Weltmarkt kann die maritime Wirtschaft nur mit innovativen Technologien behaupten. Dazu trägt die deutsche Meerestechnik bei – auch sie eine Hightech-Branche mit einem enormen Wachstumspotenzial. Gerade die Ausbaupläne für die Offshore-Windenergie und die wachsende Bedeutung von Sicherheit im Schiffsverkehr stellen sie vor neue Herausforderungen.

Die SPD im Bundestag hat mit einer Reihe von Maßnahmen dafür gesorgt, die Zukunftschancen und Potenziale in der Meerestechnik besser zu nutzen. Dazu zählt auch der „Nationale Masterplan Maritime Technologien“, den wir bei der 5. Nationalen Maritimen Konferenz verabredet haben.

Wir fordern eine abgestimmte Politik von Bund und Ländern, um die Innovations- und Leistungsfähigkeit des maritimen Standortes Deutschland zu sichern. Das heißt: mehr in Forschung und Entwicklung investieren, Förderprogramme stärker verzahnen und Leuchtturmprojekte voranbringen, die den Technologietransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung von Versorgungs- und Sicherungssystemen für Offshore-Windparks. Auch auf europäischer Ebene ist es

notwendig, dass Deutschland seine Interessen in Bezug auf EU-Förderprogramme mit starker Stimme vertritt.

## Kurs halten in der maritimen Wirtschaft

Die maritime Politik braucht eine klare Richtung, um der Schlüsselbranche mit ihren verschiedenen Segmenten Schifffahrt, Werftindustrie, Logistik und Hafenwirtschaft sowie den maritimen Technologien gerecht zu werden.

Mit ihrem Zickzackkurs gefährdet die schwarz-gelbe Bundesregierung die Zukunftschancen der Küstenregion – zum Schaden des ganzen Landes.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:

- Wir brauchen Verlässlichkeit beim Ausbau der Infrastruktur und kluge Investitionsentscheidungen im Interesse der maritimen Wirtschaft.

- Notwendig ist eine Exzellenz-Strategie, um den maritimen Sektor nachhaltig zu entwickeln. Denn Cluster-Bildung ist Standortpolitik: Enge branchenübergreifende Verbindungen stärken das maritime Profil und tragen dazu bei, hervorragendes Knowhow zu bündeln.

- Der maritime Sektor muss ein Kernthema der Förder- und Forschungspolitik des Bundes werden. Gerade Forschung, Entwicklung und Innovation in den maritimen Technologien sorgen dafür, dass Deutschland auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt. Das sichert Wachstum und schafft innovative Arbeitsplätze – im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu im März 2011 den umfangreichen Antrag „Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft“ in den Bundestag eingebracht.

Hier können Sie ihn nachlesen: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### Weitere Informationen finden Sie hier:

#### [www.kuestengang.de](http://www.kuestengang.de)

Internetseite der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur maritimen Politik

#### [www.igmetall-kueste.de](http://www.igmetall-kueste.de)

IG-Metall Bezirk Küste

#### [www.verkehr.verdi.de](http://www.verkehr.verdi.de)

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

[WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)

### IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
TEXT: NICOLE MASCHLER | REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL  
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), GERUEHRT / PHOTOCASE.COM (S. 5), KARSTEN S. / PHOTOCASE.COM (S. 7), WASA1978 / PHOTOCASE.COM (S. 9/10)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

# Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft

Gute Rahmenbedingungen schaffen

NACHHALTIGER FORTSCHRITT



**SPD**  
BUNDESTAGSFRAKTION